Nr. 34 * * * 32. Jahrgang

Berlin, den 21. August 1926

Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0/50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. – Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1/— Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0/10 Goldmark – Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

25 Jahre internationale Gewerkschaftsbewegung.

Von Joh. Sassenbach, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Am 21. August 1901, gelegentlich des in Kopenhagen abgehaltenen skandinavischen Arbeiterkongresses, traten die dort anwesenden Vertreter der Gewerkschaftszentralen von Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Norwegen und Schweden zusammen, um über die Möglichkeit eines engeren Zusammenschlusses zu beraten. Man einigte sich dahin, von internationalen Gewerkschaftskongressen abzusehen und statt dessen regelmäßig Konferenzen der leitenden Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen abzuhalten. Diese Konferenzen sollten stets mit dem Gewerkschaftskongreß des Landes, in dem man tagte, verbunden werden. Es wurde dann auch beschlossen, die nächste Konferenz im folgenden Jahre gelegentlich des deutschen Gewerkschaftskongresses in Stuttgart abzuhalten.

Der obenerwähnten Kopenhagener Konferenz waren von englischer Seite einige vereinzelte Versuche eines internationalen Zusammenarbeitens vorausgegangen. Im Jahre 1883 nahm eine Vertretung des vom englischen Gewerkschaftskongreß eingesetzten parlamentarischen Komitees an einem Kongreß der französischen Arbeiterpartei in Paris teil und 1888 berief dasselbe Komitee einen internationalen Kongreß nach London ein. Dieser wurde von 116 Delegierten besucht, von denen die Hälfte Engländer waren. Es gelangten folgende Fragen zur Behandlung:

1. Schwierigkeiten in der Herbeiführung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses in anderen Ländern.
2. Beste Organisationsmethoden in den verschiedenen Ländern.
3. Beschränkung der Produktion durch Verkürzung der Arbeitszeit.
4. Regelung der Arbeitszeit.

Im Jahre 1896 fand in London ein Internationaler Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß statt, an dem auch Anarchisten teilnahmen. Deren Teilnahme hatte zur Folge, daß auf dem nächsten englischen Gewerkschaftskongreß der Beschluß gefaßt wurde, zu solchen Kongressen nur Delegationen zuzulassen, die die gleichen Grundsätze vertreten wie die englischen Gewerkschaften.

Ein weiterer Versuch, eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, wurde von den französischen Gewerkschaften unternommen, die auf einem am 17. und 18. Dezember 1900 in der Pariser Arbeitsbörse abgehaltenen internationalen Kongreß die Errichtung eines internationalen Arbeitssekretariats und damit die Gründung einer Internationale der Arbeiter in die Wege zu leiten versuchten. An diesem Kongreß nahmen außer den Franzosen einige englische, italienische und schwedische Vertreter teil. Angesichts der ungenügenden Beteiligung wurde von der Errichtung des Sekretariats Abstand genommen und statt dessen die französische Gewerkschaftszentrale beauftragt, mit den Gewerkschaften der anderen Länder in Verbindung zu treten und ihre Ansichten über die Einberufung eines neuen internationalen Kongresses einzuholen.

Da weder die englischen noch die französischen Versuche zu einem organisatorischen Zusammenschluß geführt haben, muß die Kopenhagener Konferenz des Jahres 1901 als Ausgangspunkt der internationalen Gewerkschaftsbewegung betrachtet werden, so daß die Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens in dieses Jahr fällt.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat denn auch beschlossen, den Gründungstag zu feiern und ihn vor allem dazu zu benützen, für die Gewerkschaftsbewegung Propaganda zu machen und auf die Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses der Arbeiterklasse hinzuweisen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen soll indessen die Erinnerungsfeier nicht am 21. August stattfinden, sondern am Antikriegstag 1926, d. h. am dritten Sonntag im September. In einer der Feier vorangehenden Agitationswoche soll in den verschiedenen Ländern auf Grund der national erprobten Methoden Propaganda für die Gewerkschaften gemacht und eine Frage in den Vordergrund gestellt werden, an der die Arbeiter der ganzen Welt, ob organisiert oder unorganisiert, auf das lebhafteste interessiert sind:

Der Kampf um die Einführung oder Wiedergewinnung des Achtstundentages.

Das Sekretariat des IGB. wurde beauftragt, unter dem Ruf:

Zurück in die Gewerkschaften — zum Kampf für den internationalen Achtstundentag!

die Propaganda zu führen und den Landeszentralen und internationalen Berufssekretariaten Material zur Verfügung zu stellen. Ferner wurde der Auftrag zur Herausgabe einer Broschüre erteilt, die in kurzen Zügen die Entwicklung der internationalen Gewerkschaftsbewegung von 1901 bis 1926 zeigen soll.

Aufruf zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter.

Der Generalrat der englischen Gewerkschaften hat an den Internationalen Gewerkschaftsbund angesichts der Fortdauer des schweren Kampfes, in dem die englischen Bergarbeiter seit über drei Monaten stehen, den Antrag gestellt, eine Sammlung der internationalen Arbeiterschaft zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter in die Wege zu leiten.

Die deutsche Arbeiterschaft wird trotz der schweren Notlage, in der sie sich seit über dreiviertel Jahren befindet, hinter den Arbeitern der anderen Länder in der praktischen Betätigung ihrer internationalen Solidarität nicht zurückstehen wollen. Sie hat von jeher in vorderster Linie gestanden, wenn es galt, ausländischen Kameraden im Kampfe beizustehen. Der Bundesvorstand wendet sich daher an alle Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, den englischen Bergarbeitern nach Kräften die erbetene Hilfe zu gewähren.

Der Bundesvorstand fordert hiermit die Ortsausschüsse auf, die Unterstützungsbeiträge der Mitglieder entgegenzunehmen und baldmöglichst an die Bundeskasse in Berlin zur Weiterleitung an den IGB. abzuführen.

Der Vorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Internationale gewerkschaftliche Werbewoche.

Am 21. August 1926 besteht die gewerkschaftliche Internationale 25 Jahre. Jubiläen von Organisationen der Arbeiterbewegung sind uns niemals nur ein Anlaß zu betrachtender Rückschau und zur Veranstaltung festlicher Akte, sondern stets vielmehr Gelegenheit zur Sammlung der Kräfte für neue Kämpfe. Daher wird zur Erinnerung an die Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in allen Ländern der Internationale eine Werbewoche veranstaltet werden. Ausersehen ist dafür die Woche vom 13. bis 19. September, da die sommerliche Zeit, in die das Jubiläumsdatum fällt, weniger dazu geeignet wäre.

Auch die deutschen Gewerkschaften werden diese Werbewoche, die sich infolge ihres internationalen Charakters zu einem Wettbewerb der nationalen Bewegungen auf dem Gebiete der Werbetätigkeit gestalten wird, durchführen. Versammlungen der Verbände und Kundgebungen der Ortskartelle werden an den am besten dazu geeigneten Tagen stattfinden, aber das wichtigste Mittel der Werbung wird auch diesmal die stillere Hausagitation und die Agitation in den Betrieben sein. Diese Methoden haben sich immer wieder als die erfolgreichsten bewährt.

Das bedeutet, daß die wichtigste Aufgabe in dieser Werbewoche den Funktionären in den Betrieben und den Mitgliedern zufällt. Sie dürfen es in dieser Woche noch weniger als sonst in der Agitation bei dem bewenden lassen, was von den Ortsverwaltungen, Ortsausschüssen, Bezirksleitungen und Zentralvorständen geschieht. Diese Stellen werden sie mit Material versorgen und insbesondere den Funktionären rechtzeitig Fingerzeige für die Agitation geben. Aber dennoch muß sich jedes Mitglied, Mann und Frau, selber kräftig rühren. Schon jetzt müssen sich alle auf die bevorstehende Arbeit vorbereiten. Alle müssen sich, angespornt von ihrer Ueberzeugung vom Wesen und Wert gewerkschaftlichen Wirkens, selber wieder einmal verliefen in die Gedankengänge unserer Bewegung und sich aus eigenem Können das Material vergegenwärtigen, das zur Verwendung in der persönlichen Werbung geeignet ist, das Ueberzeugungskraft besitzt und der Widerrede der Umworbenen standhält. Wir müssen ja auf jeden Widerspruch gefaßt sein. Und da gilt es nicht, große, wohlgesetzte Reden zu halten, sondern bereit und in der Lage sein, auf jeden Einwand einen neuen Grund für die Erwerbung der Mitgliedschaft folgen zu lassen.

Und dann darf es vom 13. bis 19. September keine Ruhe geben, bis das Menschenmögliche getan ist. Kollegen, haltet euch die Bedeutung der Aktion vor Augen, denkt daran, daß gleichzeitig mit uns in allen Ländern alle unsere Genossen mit uns in dem gleichen Streben bemüht sind: dem Streben, Macht und Größe ihrer Organisation zu mehren! Dann wird niemand von uns zurückstehen wollen.

Ein Attentat auf unsere Jugend.

Keine Ferien, dafür längere Arbeitszeit.

Vor wenigen Wochen fand in ganz Deutschland eine Reichsgesundheitswoche statt, die wohl viel Nützliches an Aufklärung brachte, Männer, Frauen und Kinder auf die Gefahr aufmerksam machte, die bei leichtsinniger Behandlung des Körpers entstehen und Behandlungs- und Vorbeugungsmethoden angaben, die den Körper gesund erhalten. Unter den vielen wissenschaftlichen Vorträgen waren auch einige Aufklärungsvorträge über den Gesundheitszustand der werktätigen Jugend, die nach ärztlichen Untersuchungsergebnissen stark unterernährt und tuberkulös sei. Trotz dieser von Aerzten festgestellten Ergebnisse ist in dem Referentenentwurf zum Arbeitsschutzgesetz die Erhöhung der Arbeitszeit für Jugendliche auf 54 bis 60 Stunden in der Woche vorgesehen. Aber nicht nur die Arbeitszeit soll auf 10 Stunden täglich erhöht, sondern auch die Ferienzeit für die Jugendlichen soll beseitigt werden.

Alle Jugendschutzforderungen der erwerbstätigen Jugend werden von den Arbeitgebern rücksichtslos bekämpft und abgelehnt und selbst vom Arbeitsministerium mit allergrößter Zurückhaltung behandelt. Was kümmern sich die Arbeitgeber und die Reichsbehörden weiter darum, daß die Jugend, die Zukunft Deutschlands, wie man immer so salbungsvoll sagt und schreibt, noch weiter verhungert, noch weiter verelendet und unfähig wird zur Uebernahme der Aufgaben, die sie einstmals als Träger des gesellschaftlichen Lebens zu übernehmen hat. Was brauchen sich auch die Arbeitgeber um den Gesundheitszustand der Jugend zu kümmern, was kümmert sie die Zukunft der deutschen Wirtschaft, wenn sie nur heute, morgen und vielleicht noch übermorgen glänzende Geschäfte, größte Profite aus der Arbeitskraft ihrer Arbeiter herausschinden, wenn sie aus der billigen Arbeitskraft der Jugend ihre Ueberschüsse herauswirtschaften. Der Profit, der heilige Profit bestimmt das Verhalten und Handeln der Arbeitgeber. Deshalb kann man niemals mit Einsichten und wirklichen „volks"wirtschaftlichen Ueberlegungen diesen ewigen Profiteuren beikommen. Noch weniger ist das nur mit Zahlen und Gewinnen ausgefüllte Unternehmergehirn für ethische oder hygienische Vorstellungen zugänglich. Und die Organisatoren der Reichsgesundheitswoche hätten sich ausschließlich an die Arbeitgeber wenden müssen, hätten

ihnen die Notwendigkeit des Achtstundentags, der Ferienzeit klar machen müssen, die allein den Körper des arbeitenden Menschen gesund erhalten. Besonders hätte man diese Forderungen verdoppelt aufstellen müssen, wenn man von dem Gesundheitszustand der arbeitenden Jugend sprach. Aber diese Aufgabe hatten sich ja die Organisationen der Reichsgesundheitswoche nicht gestellt.

Man will der Jugend die kümmerlichen Reste ihrer Ferienzeit vollends nehmen. Man kann nicht sehen, daß die Jugend acht oder sogar auch vierzehn Tage Urlaub bekommt, nichts arbeitet, „faulenzt" und auf Kosten der Arbeitgeber ein „Schlemmerleben" führt, trotzdem sie gesund ist, nicht viel gearbeitet hatte (!), dem Arbeitgeber fast nichts „eingebracht" hatte und noch aufwieglerisch gestimmt ist. Für die Gesundheit der Jugend ist es sehr vorteilhaft, wenn sie statt 8 Stunden am Tage 10 Stunden in der Fabrik steht, wenn sie gar keine Ferienzeit bekommt, die sie ja doch nicht „richtig" zu verleben weiß (!) und wenn aus ihr die letzte Kraft herausgepumpt wird im Interesse des „Unternehmens". Und wenn dann ärztliche Untersuchungen vorliegen sollten, die uns verraten, daß von 100 männlichen berufstätigen Jugendlichen 38 krank waren, bei jugendlichen Textilarbeiterinnen sogar 51, wenn weiter festgestellt wurde, daß von 100 Jugendlichen 69 zurückgewiesen wurden, weil sie bei der ärztlichen Untersuchung zu schwach für den ausgewählten Beruf befunden wurden, oder wenn weiter noch feststeht, daß von allen Todesfällen Jugendlicher 50 Proz. der Tuberkulose zuzuschreiben sind, daß bei Untersuchungen 20 Proz. als skrofulös befunden wurden, dann können sich trotzdem die Arbeitgeber und ihre Skribenten über diese vorliegenden Untersuchungsergebnisse hinwegsetzen, trotzdem die Arbeitszeit erhöhen und trotzdem die Ferienzeit abschaffen, weil ja der Jugend gar nichts fehlt, weil sie gesund genug zum Ausbeuten ist und in ihrem „eigenen" Interesse an geordnete und disziplinierte Arbeit gewöhnt werden muß!

Alle vorgenommenen ärztlichen Untersuchungen beweisen schlagend, daß die heutige Generation der Jugend durch die Folgen des Krieges und der schlimmen Nachkriegszeiten, der gewaltigen Arbeitslosigkeit an Leib und Seele krank ist, daß eine langsame, gesundheitliche und seelische Aufbauarbeit an unserer Jugend geleistet werden muß, daß die teilweise Demoralisation der Jugend auf das Konto des „Stahlbadkrieges" zu setzen ist, daß sie verschuldet, ja allein fast verschuldet wird durch die jahrelang anhaltende Arbeitslosigkeit der Jugendlichen. Und die stark in der Jugend verbreitete Tuberkulose, Skrofulose und Unterernährung kann nur bekämpft werden, wenn man der Jugend wieder Arbeit beschafft, ausreichenden Lohn gibt, zugleich den Urlaub im sozialen Sinne regelt und ganz besonders die Arbeitszeit so regelt, daß weder Gesundheit noch Entwicklung des Jugendlichen geschädigt und gehemmt werden.

Wenn aber selbst mit Hilfe des Reichsarbeitsministeriums die Arbeitgeber drauf und dran sind, die Arbeitszeit der Jugendlichen auf die unverschämte Stundenzahl von 10 zu erhöhen, wenn selbst die Ferien beseitigt und die Löhne herabgesetzt werden sollen, wie soll dann eine während der ganzen Reichsgesundheitswoche gepredigte Gesundung des deutschen Volkes eintreten, wie soll dann die Jugend, diese Träger der kommenden Wirtschaft, an Leib und Seele gesund erhalten werden, wenn man den Leib weiter verfallen läßt und die Seele der vergifteten Atmosphäre der Arbeitslosigkeit immer weiter aussetzt?

Bekommen wir von den Arbeitgebern, den Reichsbehörden und auch den Gesundheitsaposteln der Reichsgesundheitswoche eine befriedigende Antwort auf unsere Fragen, beantworten sie die Fragen in dem gewünschten Sinn? Nein!

Solange man in dem Jugendlichen und in jedem anderen Arbeiter nur das Ausbeutungsobjekt sieht, solange wird man sich den berechtigten Forderungen der Jugend, den Jugendschutzforderungen verschließen, nein, nicht nur verschließen, sondern sogar rücksichtslos bekämpfen.

Es gilt deshalb im Interesse unserer Jugend, die später nicht nur Träger unserer Organisationen sein muß, sondern auch Träger der kommenden Gesellschaft, die reaktionären Absichten der Arbeitgeber und auch der Reichsbehörden, soweit das Reichsarbeitsministerium in Frage kommt, auf das entschiedenste zu bekämpfen und für eine ausreichende Freiheit der Jugend mannhaft zu streiten.

Gewerkschaftsprobleme zur europäischen Zollunion.

Die gegenwärtige Güterherstellung und Güterverteilung wird durch einen maßlos übertriebenen Protektionismus gekennzeichnet. Eine Folge des Krieges und der gefährlichere Bruder eines fast grotesken Nationalismus ist die Begünstigung der Wirtschaft durch Unterstützungen aus dem Staatssäckel (Subventionen) und durch die Gesetzgebung, insbesondere durch die Zollpolitik, worauf der moderne Wirtschaftsprotektionismus beruht, für die Lebenshaltung der europäischen Völker eine verhängnisvolle Gefahr. Der Protektionismus ist ohne Zweifel eins der Uebel, aus dem die Notlage der Wirtschaft fast aller europäischen Staaten entspringt. Er erhöht künstlich den gesamten Preisstand, belastet die Kaufkraft der großen Verbraucherschichten, drückt ihren Lebensstandard herab, führt Absatzstockungen der erzeugten Güter herbei, lähmt den Produktionsapparat und macht die Wirtschaftskrise in Europa zum Dauerzustand. Wenn wir die Desorganisation in der Warenproduktion und der Warenverteilung nicht überwinden, wenn wir vor allem die wirtschaftliche Abschnürung der einzelnen Staaten durch die wahnwitzige Schutzzollpolitik nicht beseitigen, dann ist der weitere Niedergang Europas in der Welt die unausbleibliche Folge. Diese Erkenntnis hat in allen Kreisen und in allen Ländern zu der Ueberzeugung geführt, die künstlich geschaffenen wirtschaftlichen Fesseln zu beseitigen, um die Kräfte zu ergänzen, auszugleichen, zu entfalten und die Einheit der europäischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft einzuflechten. Der Niederschlag dieser Erkenntnis ist die Idee und die Bewegung, die auf die Errichtung einer europäischen Zollunion hinzielt.

Die europäische Zollunion wurzelt in der Tatsache der Solidarität aller Völker. Einstmals geleugnet und die vermeintliche fixe Idee überspannter Wirtschaftstheoretiker und blutarmer Pazifisten, ist sie heute, nachdem die vorbereitende Weltwirtschaftskonferenz in Genf getagt hat, in den Abschnitt ihrer Verwirklichung getreten. Dieser Abschnitt wird von Bedeutung durch die Beteiligung der internationalen Gewerkschaften. So hat der internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam gut vor einem Jahre eine Kundgebung erlassen, in der es hieß, daß in fast allen europäischen Ländern eine protektionistische Handelspolitik getrieben wird, die alle europäischen Länder gegeneinander abschließt, statt sie zu einen. Die Kundgebung rief dazu auf, in allen Ländern die Schutzzollpolitik zu bekämpfen, deren Folge Verteuerung der Lebenshaltung und Arbeitslosigkeit sind. Sie empfahl einen allgemeinen Abbau der Zölle mit dem Ziel, einen einheitlichen Wirtschaftsverband zu schaffen, der die Aufgabe hat, der internationalen Rohstoffverteilung und dem freien Zugang zu allen Märkten der Welt die Wege zu ebnen. Dieser theoretischen Festlegung der Gewerkschaftsinternationale ist die praktische Arbeit durch Mitarbeit an allen jenen Plänen gefolgt, deren erstes Ziel im Sinne einer Hilfskonstruktion die europäische Zollunion ist. An der Genfer Tagung selbst hat seitens der deutschen Gewerkschaften, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Kollege Eggert teilgenommen. Eggert hat nun seine Ansichten über die Neukonstituierung der europäischen Wirtschaft und der Warenverteilung in Europa in einem trefflichen Aufsatz „Gewerkschaftsprobleme zur europäischen Zollunion" niedergelegt, der in einigen Wochen als Teil eines sicher aufsehenerregenden Buches „Europäische Zollunion" in Hobbings Verlag, Berlin, erscheinen wird. Es sind erste Autoritäten, die in diesem Buche ihre Ansichten über das Wirtschaftswerden in Europa niederlegen. Die Arbeit Eggerts dürfte die Gewerkschafter aber besonders interessieren, weil er die Stellung einer der ersten Wirtschaftskräfte, der Gewerkschaften, zur europäischen Zollunion behandelt.

Auf Grund des bereits oben Gesagten ist die Einstellung der Gewerkschaften zur europäischen Zollunion gegeben. Schon im Dezember 1924 und im Januar 1925 haben gelegentlich der damals schwebenden Handelsvertragsverhandlungen Zusammenkünfte zwischen deutschen und französischen und belgischen Gewerkschaftsvertretern stattgefunden. Sie verständigten sich u. a. dahin, mit allen Kräften die Zollfreiheit für die internationalen Verkehrswege zu fördern und in ihren Ländern alle Bestrebungen scharf zu bekämpfen, die auf handelspolitische und wirtschaftliche Feindschaft hinauslaufen. Will die europäische Zollunion gegenüber der Welt eine solche freihändlerische Politik treiben, dann kann ihr die moderne Gewerkschaftsbewegung manche Schwierigkeiten überwinden helfen. Nicht umsonst hat der Amsterdamer Internationale Gewerkschaftsbund seine 16,5 Millionen Mitglieder zumeist in den europäischen Ländern. Sollte aber die europäische Zollunion gegenüber der Weltwirtschaft sich schutzzöllnerisch abschließen wollen, anstatt das große Ziel der Einheit mit ihr anzustreben, dann müßten die Gewerkschaften sicherlich gegen sie Stellung nehmen und sie bekämpfen. Das ist die große Grundlinie, die Eggert in seinem Aufsatz, entsprechend der Natur der europäischen Gewerkschaftsbewegung, betont. Bezüglich der Frage, mit welchen Mitteln und auf welchem Wege die europäische Zollunion erreicht werden kann, warnt er vor der Vorstellung, daß die Vertreter der sämtlichen beteiligten Länder am Konferenztisch den Beschluß fassen, die zwischen den Ländern aufgerichteten Zollschranken schnell zu beseitigen. Wahrscheinlicher ist es ihm schon, daß sich unter Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse, der die Idee der Zollunion überhaupt erst reifen und in den Abschnitt ihrer Verwirklichung treten ließ, zunächst erst einige Staaten entschließen, miteinander eine Zollunion einzugehen, der sich dann im Laufe der Zeit die übrigen Länder angliedern. Der Gedanke ist richtig. Selbst eine wirtschaftliche Vereinigung von nur zwei führenden Ländern würde in das wirtschaftliche Leben so tief eingreifen, daß allerdings dieser Schritt auch erst nach einer gewissen Schonzeit für die Wirtschaft vollzogen werden könnte; er ist aber nicht nur von propagandistischer Wirkung, sondern löst auch Wirtschaftsnotwendigkeiten aus, die die Plattform der europäischen Zollunion abgeben müssen. Ausschlaggebend ist die Kleinarbeit und die wirksamsten Mittel und der Weg zur europäischen Zollunion dürfte nur in der Handelspolitik gefunden werden können. Eggert legt in seinem Aufsatz die Auffassung dar, daß das gegenwärtig gebräuchliche Prinzip der Meist-

---

Wie ich Frankreich wiederfand.

Von Fritz Kummer.

IV.

Das größte Totenfeld der Geschichte.

Die Stadt Verdun ist nach dem Westen hin von einer Hügelkette gedeckt. Das Gelände steigt zu beiden Seiten wellenartig bergan und ist von Tälern, Buchten und Schluchten durchfurcht. Auf dem Höhenkamm Forts und kleinere Schutzwerke, deren Namen — Vaux, Douaumont, Toter Mann, Höhe 304 usw. — noch in aller Gedächtnis sind. Am Morgen des 21. Februar 1916 eröffneten die Deutschen vom Westen her auf einer Front von 40 Kilometern den Angriff auf die Höhen. Damit hatte die blutigste Schlacht des Weltkrieges begonnen. Sie hat neun Monate gedauert. Fast Tag für Tag spien Geschütze aller Größe und Art einen Hagel von Eisen auf das Gelände. Der Wald versank, die Dörfer verschwanden, die Schützengräben wurden eingeebnet. Was sich an Menschen in dem Raume befand, war dem Tode geweiht. Keine Rettung nach vorwärts oder rückwärts. Die menschliche Kreatur wühlte sich in den Erdboden ein. Hier wurde sie verschüttet oder verhungerte. Und die Leichen wurden, in tausend Stücke zerfetzt, wieder und immer wieder in die Luft geschleudert. Daheim wurde gemeldet: „Sie starben den Heldentod und wurden würdig in die Erde gebettet."

Bis zum Juli, also in fünf Monaten, war der deutsche Vorstoß erst teilweise etwas über des Hügelkammes Höhe hinausgekommen. Nun setzte die französische Abwehr planmäßig und mit größtem Nachdruck ein. Das nämliche blutige Handgemenge, das im Februar begonnen, ging nun in entgegengesetzter Richtung fort. Um jeden Bodensetzen wurde gerungen, gewürgt, gemordet. Rüber und rüber würgten sich wahnwitzig gewordene Menschenhaufen. Das Mauerwerk Thiaumont zum Beispiel wechselte sechzehnmal die „Herren". Mitte Dezember waren die Deutschen wieder dorthin zurückgetrieben, wo sie vor neun Monaten ausgegangen waren. Eine Million Menschen hatte der Wahnsinn gekostet. Zwei Heere hatten sich erwürgt.

Von der Höhe des Forts Vaux schaue ich auf die Wüstenei, die der Militarismus geschaffen. Das Dach des Forts, eine zehn Meter dicke Betonschicht, weist tiefe Spuren von Geschossen auf. Eine dicke stählerne Kuppel liegt aufgerissen. Der Boden ringsum sieht aus, wie wenn er die Pocken gehabt hätte. Soweit das Auge reicht Granatloch an Granatloch. Hie und da Reste von Stacheldrahtverhauen, zuweilen auch noch Stücke von Schützengräben. Allerwärts Eisenzeug, rostender Stacheldraht und umgebrochene Pfähle. Kleine Holzkreuze glaubt man an Lochrändern zu bemerken. Wahrscheinlich ist dort in dem Loch eine von Wind und Wasser freigespülte Leiche begraben worden. Auf dieser Wüstenei stand einst blühender Wald. Von seinem Dasein zeugen noch dicke, zersplitterte, wie von einer Feuersbrunst angesengte Stumpen.

Wir steigen hinunter ins Innere des Forts. Zwei Soldaten gehen mit Azetylenlampen voraus. Mitunter muß man sich tief bücken, um durchzukommen. Wasser rieselt von den Wänden. Ein kalter, feuchter Raum bildete bald für die Franzosen, bald für die Deutschen das Lazarett. In langen Felsenkammern stehen noch die Holzgestelle mit Drahtboden, worauf die jeweilige Besatzung schlief. Helme, Flinten und anderes Mordzeug liegt mehrfach aufgehäuft. In diesen eisigen, nassen Löchern haben Tausende von Menschen gehaust, gekämpft; hier haben sie mit Schmerzensgeschrei oder Flüchen ihr Leben ausgehaucht.

Auf dem Wege nach dem Fort Douaumont zeigt mein Begleiter, ein Bürger von Verdun, nach der linken Seite der Straße und sagt: „Das Dorf Fleury!" — „Wo?" frage ich. — „Da dort, wo der Stein steht." — Wir steigen den Abhang hinunter zu dem Stein. Er ist zum Gedenken der getöteten Kinder von Fleury errichtet. Kein Gemäuer, keine Hausmauer erinnert daran, daß hier einst Menschen hausten. Nur Granatloch an Granatloch, und verrosteter Stacheldraht, noch halb an Pfählen hängend.

Wie mit Fleury, so ist es mit Vaux, Douaumont und anderen Dörfern, erzählte mein Begleiter. Sie sollen nicht mehr aufgebaut werden, ihre einstigen Bewohner hätten sich, soweit sie nicht getötet, anderwärts niedergelassen. Das Feld wieder bebauen, sei nicht gut möglich. Es müßten die Granatlöcher, Schützengräben und Unterstände ausgefüllt werden. Das Erdreich aber sei klaftertief mit Geschoßstücken, Blindgängern und Leichen durchsetzt. Das ganze Gelände sei ein greuliches Totenfeld, und ein gefährliches obendrein. Eine Million Menschen seien hier gefallen, oder nur ein Zehntel ordentlich beerdigt. Und zwischen diesen unzähligen Menschenresten zerstreut lägen unzählige explodierfähige Geschosse. Bei jedem Spatenstich stoße man auf Leichen und Granaten. Zu solch abstoßender Arbeit sei kein Bauer geneigt.

So überläßt man es denn der Natur, das Höllenwerk, das die uniformierte Bestie angerichtet, zu überdecken. Im Laufe der Jahrzehnte werden die Blindgänger ungefährlich, verrosten die Eisenstücke, vermodern die Leichen. Damit sich die Verwesung unbeachtet vom menschlichen Auge vollzieht, hat die allgütige Natur über die ganze Wüstenei ihre Decke geworfen. In den Granatlöchern und Gräben treibt Gras und Knieholz, und Vögel zwitschern den Hunderttausenden von Toten ein Schlummerlied. In einigen Jahren wird die vom Militarismus geschändete Erde ein weniger greuliches Aussehen haben.

Aber auch dann wird es hier der entsetzlichen Erinnerungen noch genug geben. Der Bajonettenschützengraben ist

begünstigung sich aber als ein Hindernis für die radikale Verbesserung der Arbeitsteilung in den Handelsvertragsverhandlungen erweist. Den Ausweg aus diesen Schwierigkeiten sieht er aber darin, daß man an Stelle der lediglich zwischen zwei Staaten abzuschließenden Handelsverträge die umfassendere Zollkonvention setzt. Bei solchen Konventionen wären all diejenigen Staaten zusammenzufassen, die für bestimmte wirtschaftliche Gebiete gleichgerichtete Interessen haben oder deren Interessen aus einem einheitlichen Gesichtspunkt heraus im Sinne eines umfassenderen Wirtschaftsplans werden müßten.

Die Entwicklung zur europäischen Wirtschaftsunion bedingt eine riesenhafte Verschiebung der gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse. Mit ihr ist u. a. eine Uebertragung des gegenwärtig in Deutschland zu beobachtenden Rationalisierungsprozesses mit seinen gewiß in der Uebergangszeit unerfreulichen Begleiterscheinungen der Absatzstockung und der Arbeitslosigkeit in europäisches Format verknüpft. Opfer dieser Bewegung ist die Arbeiterschaft. Deshalb ist es ganz selbstverständlich, daß der Kollege Eggert in seinem Aufsatz ganz bestimmte Forderungen der Gewerkschaften gegenüber der europäischen Zollunion festlegt.

Es entsteht vor allem die Frage, wie die sozialen Verhältnisse des einen Landes auf diejenigen des sozial höher entwickelten Landes wirken, da der Fortfall der Schutzschranken in Form von Zöllen usw. die unlautere Konkurrenz desjenigen Landes mit weniger sozialen Verpflichtungen, mit längerer Arbeitszeit und niedrigeren Reallöhnen bedeutet. Eggert fordert hier die unbedingte Vereinheitlichung des Arbeitsrechtes als gleichmäßige Grundlage des Wettbewerbs, insbesondere die einheitliche Begrenzung der Arbeitszeit. Das wäre vorerst aber nur eine formale Sicherung des sozial höher entwickelten Landes und des Lebensstandards und der Kulturstufe seiner Arbeiterschaft. Ergänzt muß diese Sicherung werden, indem man den Zustrom und Abstrom von Arbeitskräften nach den Arbeitsmöglichkeiten in den verschiedenen Staaten der Zollunion, für die der Standort der Industrie entscheidend ist, regelt. Die Arbeiterwanderung, die natürlich in der europäischen Zollunion ein besonderes Problem werden dürfte, darf, wie Eggert doppelt betont, nicht ungeregelt bleiben, damit die Arbeiter der bisher zurückgebliebenen Länder nicht etwa das Niveau in den fortgeschrittenen Ländern herabziehen; vielmehr müssen umgekehrt, insbesondere die Lohnverhältnisse der zurückgebliebenen Länder, zu dem Stand der fortgeschritteneren hinaufentwickelt werden. Als allgemeine Richtlinie für die Arbeiterwanderung muß daher der Grundsatz aufgestellt werden, die Zuwanderungen nicht plötzlich, sondern etappenweise erfolgen zu lassen, so daß die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt der industriellen Länder die Zuwanderung ohne Druck auf das allgemeine Lohnniveau aufnehmen können. Voraussetzung für die ganze Entwicklung ist aber die Freizügigkeit des Arbeiters, das Recht, wie die Produktionsstätten die Grenzen der Länder in der Union überschreiten, dasselbe zu tun. In welchem Land der Arbeiter der kommenden Zollunion auch seine Arbeit aufnehmen mag, muß ihm das Koalitionsrecht, das Recht der Teilnahme an Vereinen, Versammlungen, Streiks und beruflichen Vertretungen wie dem Bürger des betreffenden Landes gewährt werden, wie an und für sich die Arbeitsnachweisung großzügig in den Bundesländern organisiert und der Ausbau der Erwerbslosenfürsorge dem Rationalisierungsprozeß in der europäischen Zollunion seine Schärfen nehmen muß.

Europäische Zollunion — das ist nicht nur eine Sanierung der kapitalistischen Wirtschaft in Europa; sie ist auch die Vorhalle einer besseren Wirtschaftsordnung im sozialistischen Sinne. Wenn die internationalen Gewerkschaften bewußt in die Entwicklung der europäischen Zollunion eingegriffen haben, dann wird es nicht nur in der Vereinheitlichung und im Ausbau der Sozialpolitik und des Arbeitsrechtes, der Festlegung des Koalitionsrechtes und der Freizügigkeit die Existenzgrundlage des europäischen Arbeiters in der Zollunion schaffen, sondern auch das sozialistische Ideal des europäischen Arbeiters verwirklichen.

Italien, das Dividendenparadies.

Für die Arbeiter Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung.

Mussolinis Leibblatt, der „Popolo d'Italia", stellt sich die Frage, ob es eine Krise in Italien gebe, und beantwortet sodann diese Frage mit Argumenten, die deren Nichtexistenz beweisen sollen. Erstens, so antwortet das Blatt, gibt es keine Arbeitslosigkeit. Weiterhin gibt es, so fährt es fort, eine große Anzahl Leute, die täglich ins Gebirge oder an die See reisen. Im übrigen seien die Kinotheater immer überfüllt. Schließlich — und das ist das Hauptargument — seien die Dividenden der Aktiengesellschaften sehr hoch und die Börsenpapiere würfen reichliche Gewinne ab.

Der „Popolo d'Italia" vergißt bei diesem letzten Argument leider hinzuzufügen, daß die Industrie in Zeiten der Krise die Löhne zu beschneiden und die Arbeitszeit herabzumindern pflegt, ehe sie die Dividende der Aktionäre zu beeinträchtigen wagt. Die unverdächtigste Antwort auf seine Frage erhält der „Popolo d'Italia" von dem „Wirtschaftlichen Nachrichtenblatt des faschistischen Industrieverbandes". Es schreibt: „Das Gefühl des Drucks und der Unsicherheit fährt fort, auch in den letzten Wochen das Wirtschaftsleben zu beherrschen. Die Unzuverlässigkeit des Wechselkurses macht fast jede Voraussicht auf den zukünftigen Markt unmöglich und zwingt Käufer und Verkäufer, mit der äußersten Vorsicht zu handeln, und verhindert damit den Abschluß von Geschäften. Anderseits erleiden die Rohstoffe, die wir aus dem Auslande einführen müssen, Preiserhöhungen, die sich in den Preisen der Waren unbedingt auswirken müssen. Diese als allgemein festzustellende Situation des Inlandsmarktes kann auch die Schwierigkeiten für heute bereits abgeschlossene Verkäufe erhöhen. Die industriellen Unternehmungen, geben sich die größte Mühe, ihre Aktivität aufrechtzuerhalten, aber sie haben nicht immer die Möglichkeit, die ihren Absichten zu diesem Zwecke entsprechen. Auf jeden Fall bleibt die Vorsorge für die unmittelbare Zukunft angesichts der allgemeinen Lage des Inlandsmarktes, der verschiedenen Auslandsmärkte und der Finanz- und Kreditschwierigkeiten unsicher." Das Nachrichtenblatt fügt hinzu, daß die schon verminderte Tätigkeit einzelner Industriezweige, namentlich der Textilindustrie, bereits ihre Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt gezeigt haben.

Ueber die Wirklichkeit der wirtschaftlichen Krise in Italien ist kein Wort mehr zu verlieren. Es kann sich nur noch um eine Erörterung darüber handeln, wie sie beizulegen wäre. Eines der hierzu geeigneten Mittel wäre nach Ansicht der Industriellen die Verminderung der Löhne und Gehälter und die Erhöhung der Arbeitszeit. Es ist klar, daß die italienischen Arbeiterorganisationen, die an die freien Gewerkschaften angeschlossen sind, über diese Art der „Wirtschaftsrettung" mit der italienischen Industrie, die vom faschistischen Regime unterhalten wird (und vice versa; mit der Regierung, die von dieser Industrie gestützt wird) — kein Wort weiter zu wechseln haben. In dieser Lage darf eine Seite nicht vergessen werden, wie die „Stampa" in Turin sagt. Das Blatt fragt:

„Welche Möglichkeit haben heute die Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Zwang, den Schmachtriemen enger zu ziehen? Läßt der heutige Durchschnittsreallohn der Arbeiter und Angestellten die Möglichkeit der Kürzung ohne Schädigung der privaten und familiären Lebenshaltung und des wirtschaftlichen Daseins überhaupt zu?" Die „Stampa" bezieht sich auf die Statistik des Internationalen Arbeitsamtes in Genf und auf die wirtschaftlichen Voraussagen des bekannten Nationalökonomen Professor Mortara und erklärt, daß die Löhne und Gehälter keineswegs weiter eingeschränkt werden können.

In diesem „wirtschaftlichen Vorausblicken für 1926" ist Professor Mortara zu folgenden Schlußfolgerungen gekommen: Da nach dem Weltkriege der Durchschnitt des Reallohns sich dem der Jahre 1913/14 genähert, ja, in bestimmten Industriezweigen ihn sogar überstiegen hat, so muß betont werden, daß der Durchschnitt des Reallohns im Jahre 1924 unter dem des Jahres 1913 geblieben ist, was bedeutet, daß dieser Tageslohn den Arbeiter nicht dazu in die Lage setzte, sich dieselben Waren und Dienste zu erkaufen, die er im Jahre 1924 erwarten konnte, d. h. seine Lebenshaltung hat sich in dieser Zeit vermindert.

Unter diesen Umständen hat sich natürlich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Italien seit 1924 nicht gebessert. Wenn demnach bei Ausbruch des Weltkrieges die wirtschaftliche Lage des italienischen Arbeiters sich sehr unterhalb der der anderen großen Nationen bewegte und man hinterher versucht hat, das Leben dieser Arbeiter und Angestellten nach humanen Gesichtspunkten auszubessern, so kann man, so schreibt die „Stampa", aus der heutigen wirtschaftlichen Lage kaum den Schluß ziehen, den die italienischen Arbeitgeber zur Erhöhung der industriellen Produktion für notwendig halten.

Die italienische Industrie, von der ein großer Teil heute auf Grund der Schutzzölle und der niedrigen Löhne ein Schmarotzerleben führt, muß demnach in ihrer eigenen Organisation die Mittel zur Besserung der Lage suchen. Ausgerechnet „Popolo d'Italia" schreibt gerade jetzt mit Ueberschwang: „Die italienische Industrie verteilt hohe Dividenden nach Belieben." ...

Dalmo Carnevali.

Selbstbewußtsein, Solidarität und Disziplin.

Die Zwangsherrschaft des Kapitalismus bringt die Sehnsucht nach Befreiung in ständig wachsenden Volksmengen zum Erwachen. Ohne Unterschied der Rasse, Konfession und Nationalität zwingen Not und Ausbeutung die Arbeiterklasse der ganzen Welt zum Kampfe im Interesse der Schaffung erträglicherer Lebensbedingungen und einer besseren Zukunft. Jahrhundertelang währende Unterdrückung und Leiden ließen den Befreiungsgedanken zur Vollreife gelangen. Nach solch langem irrenden Suchen haben die arbeitenden Millionen heute überall erkannt, daß die gewerkschaftliche Organisation der einzige Weg ist, der befolgt werden muß, und daß die auf Grund der bewährten gewerkschaftlichen gewonnenen Methoden die einzigen Mittel sind, die uns zum Ziele führen können. Diese Methoden heißen: Aufklärung der Volksmassen, ihre Erziehung zum Klassenbewußtsein, Erstarkung der Wirtschaftsorganisation. Diese Früchte

---

mit einer schweren Betondecke überdacht worden, um ihn künftigen Geschlechtern zu erhalten. So wird die Kunde von dem entsetzlichen Schicksal der 65 Soldaten, die hier am Morgen des 11. Juni 1916 verschüttet wurden, sich fort- und fortpflanzen. Sie hatten, da sie einen Angriff erwarteten und ihre Hände zum Granatenwerfen freihaben wollten, ihre Gewehre mit aufgesticktem Bajonett an der Grabenwand in Handhöhe angelehnt. Eine furchtbare Feuerwelle fegte über den Graben, ein paar große Geschosse schlugen vorn und hinten ein und warfen die Erde über den Graben. Der Graben wurde eingeebnet, die Soldaten erstickten, ihre Bajonette ragten meterhoch über den Boden empor. Zwischen den Bajonetten stecken jetzt Kreuze mit den Namen derer, die man in dem Graben begraben glaubt.

Noch eindrucksvoller wird das Beinhaus (Ossuaire) von dem namenlosen Trauerspiel künden, das sich hier vollzog. In seinen Kellern sollen die Gebeine ruhen, die man auf dem Gelände findet. Und vor dem mächtigen Bau wird ein Friedhof angelegt für 100 000 Gräber. Ein Meer von kleinen weißen Kreuzen läßt erkennen, daß schon Zehntausende von Toten hier gebettet sind. Von den anderen Toten aber, von den achthunderttausend, neunhunderttausend, wird kein Kreuz künden. Sie werden auf diesem riesigen Totenfeld dort liegen bleiben und vermodern, wo sie die Granaten hingeworfen haben.

Von der Gesinnung der Franzosen.

Ueber die Gesinnung der Franzosen den Deutschen gegenüber wird bei uns bekanntlich sehr verschieden geurteilt. Eine Anzahl von Dichtern, Schriftstellern und Gelehrten, die jüngst in Frankreich Vorträge gehalten haben, berichten fast durchgehends von freundlicher Aufnahme und Gesinnung. Dazwischen hinein klingen Warnungen. Die Freundlichkeit der Franzosen sei nur zur Täuschung gemacht; unter der glatten Außenseite sei die alte Unfreundlichkeit, der Haß gegen uns Deutsche nach ungemildert lebendig. Was ist die Wahrheit?

Um hierauf zu antworten, will ich die Erfahrung mit meinen früheren Kollegen, meinen Gewerkschaftsgenossen und Parteifreunden ganz außer acht lassen, sondern nur von der Erfahrung reden, die ich mit dem Manne auf der Straße, mit Unbekannten machte. Diese Erfahrung war eine über alles Erwarten günstige. Von gemachter Höflichkeit oder Verstellung kann man bei so schlichten Leuten, wie es Bauern, Soldaten, Bergleute, Weber, Metallarbeiter sind, nicht wohl reden. Wo ich um Auskunft bat, erhielt ich freundlich Antwort, wenn ich um den Weg fragte, ging der Gefragte zuweilen eine Strecke mit, damit ich ja nicht fehl gehe; wo ich auf meinen Streifzügen durch Fabrikorte wegkundige Begleiter brauchte, hat es nie an solchen gefehlt, und es wurde mir mitunter schwer, mich der Freigebigkeit der weiß Gott nicht reichen Leute zu entziehen. So luden mich drei Bauern, die in Etain, kurz vor Verdun, zu mir in den Zug gestiegen waren, zu sich ein, um mir deutsche Kriegergräber oder deren Instandhaltung zu zeigen. In Verdun angekommen, führten sie mich bei strömendem Regen in ein preiswürdiges Gasthaus, damit ich, der Fremde, der „Feind von gestern" nicht übervorteilt werde, womit man jetzt, bei diesem Fremdenandrang, in Verdun rechnen müsse. Kaum hatte ich der Wirtin dieses Gasthauses mitgeteilt, daß ich einen wegkundigen Mann nebst nicht zu teurem Wagen zum Besuche der Schlachtfelder wünsche, kam die Kellnerin und meldete, die Gesellschaft an einem Vordertisch würde sich freuen, wenn ich mich des noch freien Sitzes in ihrem Wagen bediente. Erst kurz vor Mitternacht trennte ich mich von dieser liebenswürdigen Gesellschaft. Wie sie mir sagte, war sie durch die Kunde, daß ich Deutscher sei, veranlaßt worden, mir den Wagensitz anzubieten. In Lille ließ es sich ein Mitreisender nicht nehmen, mich zu dem „modernsten Hotel im ganzen Norden" zu führen. Ich hatte in dem Hause das (etwas enge) Zimmer kaum eine Viertelstunde bezogen, als der Zimmerkellner kam, um mich in ein anderes Zimmer zu führen, das erste sei mir irrtümlich angewiesen worden. Der neue Raum war ein prächtiges Eckzimmer mit Himmelbett. Die Wirtin hatte durch meine Namenseintragung erfahren, daß ich ein „Erbfeind" sei. Was diesen Vorgang noch besonders reizend macht, ist, daß vor mehreren Jahren in dem nämlichen Hotel mit dem gleichen Wirt ein gewisser Dr. Hilferding aus Berlin, der in Lille zum Parteitag weilte, hinausgewiesen worden war, weil er sich als Deutscher ausgegeben hatte.

Auch auf Schlachtfeldern, Soldatenfriedhöfen oder Kriegsruinen, also dort, wo die Erinnerung an die blutige Drangsal und an den Feind lebendig wird, habe ich keine Unfreundlichkeit, weder von Soldaten noch von Beamten gegen die Deutschen vernommen. Zu den Versicherungen und Beweisen dafür, daß in Frankreich der Deutschenhaß ausgestorben ist, wurde vielfach der Zweifel gefügt, daß es umgekehrt ebenso sei. An der Begründung des Zweifels fehlte es nicht. Das Ergebnis der Präsidentenwahl, Aeußerungen von rechtsstehenden Zeitungen und Politikern wurden angeführt. Worauf ich nur erwidern konnte, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes keinerlei Haß gegen Frankreich und sein Volk hege. Dasselbe glaube ich heute umgekehrt behaupten zu können. Die beiden Völker sind sich, von einer schmalen Schicht abgesehen, freundlich gesinnt. Beide wünschen friedliche Verständigung und dauernde praktische Zusammenarbeit. Nur ein Staatsmann wäre hüben und drüben nötig, um dieser Gesinnung und Bestrebung praktische Form zu geben. Bis dahin wollen wir, sozialistische Gewerkschafter, die Zusammenarbeit betätigen

gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit zeigen sich in der sich ständig verdichtenden Vereinigung der nach Millionen zählenden Arbeiterschaft zur Abwehr des Kapitalismus. Die Begriffe Solidarität und Disziplin, die die Triebfedern der Gewerkschaftsbewegung ausmachen, haben in der Gedankenwelt, im Hirn der Arbeiterschaft, tiefgehende Wurzeln geschlagen. Die Verankerung und gesteigerte Entwicklung dieser beiden Begriffe ist der Aufgaben allerwichtigste, da sie die grundlegenden Voraussetzungen zur erfolgreichen Durchführung aller Kämpfe darstellen.

In der modernen Gemeinschaft sind zwei Naturgesetze vorherrschend: Der Kampf ums Dasein und der wechselseitige Beistand. Und der Kampf ums Dasein, ums tägliche Brot, erweist sich gerade in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft als besonders scharf und erbittert. Dieser Kampf stellt die Menschen in Klassen einander gegenüber. Darum sollten gerade bei der Arbeiterklasse Gegensätze am wenigsten zum Ausdruck kommen.

Die gesellschaftlich und wirtschaftlich schwächere Kategorie, die Arbeitsklasse, ist ganz besonders darauf angewiesen, zusammenzuhalten, neben den eigenen, persönlichen Interessen auch die Interessen der Gesamtheit zu beachten und den Kampf gegen den gemeinsamen Feind — den Kapitalismus — in einheitlich zusammengeschweißter Front aufzunehmen. Gilt schon die alte Wahrheit und die alte Erkenntnis, daß der alleinstehende Arbeiter weder vorwärtskommen noch sein Schicksal zu ändern und zu fördern vermag, so gilt in erhöhtem Maße, daß der alleinstehende Arbeiter der kapitalistischen Ausbeutung rettungslos verfallen und in solchem Grade geschwächt ist, daß es ihm von vornherein an jeder Möglichkeit gebricht, für sein Los und seine Interessen schutzbringend zu wirken. Das Zusammenhalten, Solidarität und Disziplin hingegen verleihen selbst dem Allerschwächsten Kraft und Unbesiegbarkeit und befähigen ihn nicht nur zur Abwehr von Angriffen, sondern zu erfolgreichen Durchführungen von Kämpfen im Interesse einer verbesserten Lebenshaltung. Die Wünsche und Forderungen des alleinstehenden Arbeiters können vom Unternehmer jederzeit abgelehnt werden, und der Arbeiter läuft jederzeit die Gefahr einer Entlassung. Ganz anders aber ist die Situation für den Unternehmer einer organisierten Masse gegenüber, die ihn zwingt, die an ihn gestellten berechtigten Forderungen ernsthaft ins Auge zu fassen.

Das Proletariat ist nur im Rahmen der Gemeinschaftlichkeit, nur durch gegenseitige Unterstützung und nur durch die Macht der Solidarität imstande, im Interesse und zum Schutze einer verbesserten Lebenshaltung erfolggekrönte Kämpfe auszutragen. Mit Hilfe der Kraft, die klassenbewußte und disziplinierte Solidarität verleihen, kann das Proletariat alles erreichen, ohne sie gar nichts; ohne sie kann sie im Gegenteil in vollkommenste Versklavung zurücksinken. Der Marxismus lehrt: Wissen macht frei. Dieser marxistische Lehrsatz führt die Arbeiterschaft zur Solidarität und befähigt sie zum zielbewußten, erfolgreichen Klassenkampf dem Kapitalismus gegenüber. Der Kampf und das Ringen zeitigen freilich nicht gleich von heute auf morgen ihre Ergebnisse. Der klassenbewußte Kampf erfordert Opfer und viele Leiden. Manche glauben, schon nach kurzem Organisiertsein auf bessere Lebensverhältnisse rechnen zu können und lassen beim Ausbleiben sofortiger Erfolge die Organisation unzufrieden im Stich. In der Gewerkschaftsbewegung begegnen wir häufig dieser Erscheinung, die sich nur als Folge von Unwissenheit erklärt. Die Leistung ununterbrochener erzieherischer und aufklärender Arbeit ist daher von größter Wichtigkeit. Nur das Wissen befähigt die Menschen zur Ausdauer und Opferbereitschaft. Ebenso ist es das Wissen einzig und allein, das die Solidarität und Disziplin gewährleistet, und Macht und Unbesiegbarkeit im Gefolge hat. Durch die Disziplin wird Einheitlichkeit sichergestellt, die unerläßlich ist im Kampfe gegen das heutige kapitalistische System. Ohne die Vereinigung von Wissen und Disziplin ist an Erfolge nicht zu denken. Ohne die Disziplin würde jeder tun, was ihm beliebte oder was er für gut befände, was unbedingte Zersplitterung und Zügellosigkeit zur Folge haben müßte. Der Begriff der Disziplin wird freilich jetzt noch in der heutigen Gesellschaft vielfach diskreditiert. Die Arbeiterschaft bedarf jedoch keiner zwangsläufigen Zucht, wie sie beim Militär geübt wird. Unsere Disziplin ist eine freiwillige, die wir selbst auf uns nehmen, die wir uns nicht auf höheren Befehl aufzwingen lassen und die keinerlei Versklavung bedeutet. Unsere Disziplin ist auf unserem eigenen freien Willen begründet und ist berufen, der Gesamtheit, den Interessen der Gemeinschaft zu dienen. Unsere Disziplin bezweckt nicht die Anbetung und Vergötterung einzelner, sondern den Wohlstand und die Befreiung der arbeitenden Millionen, und dieser Disziplin wird sich jeder Organisierte, für die Organisation kämpfende Arbeiter mit freudiger Bereitschaft unterwerfen.

Gemeinsames Schicksal, gemeinsame Leiden und gemeinsame Ziele, diese Momente sind es, die die Arbeiterschaft zur Opferfreudigkeit und Solidarität anfeuern. Dies sind die Triebkräfte der Gewerkschaftsbewegung. Solidarität und Disziplin, die brüderlich in gleicher Erde wurzeln, sind die machtvollsten Stützen der modernen Arbeiterbewegung. Wir haben die Pflicht, jeden Arbeitsgenossen, der unwissend herumtappt und herumirrt, aber dem erhabenen Gedanken zugänglich ist, daß die Organisation die höchste Wehr der Arbeit bedeutet, zur Selbstbewußtheit und zur Disziplin zu erziehen und als Mitkämpfer für unsere Sache zu gewinnen. Wenn wir uns diese Dinge vor Augen halten, werden wir erreichen, wonach jeder Arbeiter strebt: Freiheit, Gleichheit und verbesserte Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse. Selbstbewußtsein, Solidarität und Disziplin sind also die Faktoren, auf denen unsere Zukunft begründet ist.

Rundschau.

Der Lohntarif im Buchdruckgewerbe ist durch Vereinbarung zwischen den Tarifparteien für die Gehilfen bis 28. Januar verlängert worden. Unser Tarif mit seinen Lohnsätzen ist ebenfalls von keiner Seite gekündigt worden, so daß er vorläufig bis 30. November Geltung hat.

Der nächste Internationale Gewerkschaftskongreß wird nach einem in der Vorstandssitzung des IGB. gefaßten Beschluß bestimmt vom 1. bis 6. August 1927 tagen. Die Tagung wird in Paris stattfinden, desgleichen anschließend eine internationale Arbeiterinnenkonferenz.

Um die Verlängerung der Unterstützungsdauer. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften haben beim Reichsarbeitsminister einen energischen Vorstoß zur Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge unternommen. Sie forderten mit großem Nachdruck die beschleunigte Durchführung der vorgesehenen Notstandsarbeiten. Des ferneren wurde eine Verlängerung der Unterstützungsdauer verlangt. Verworfen wurde der Plan der Reichsregierung, die ausgesteuerten Erwerbslosen der Armenfürsorge zu überlassen. Die Gewerkschaften verlangten hingegen ausreichende Sicherheiten, daß den langfristig Erwerbslosen die Unterstützung weiter gezahlt wird. Diese Sicherung ist nur bei einer Verlängerung der Unterstützungsdauer gegeben. Bekanntlich beträgt die Unterstützungsdauer 39 Wochen, sie kann auf 52 Wochen, also ein Jahr verlängert werden. Da mit dem Fortschreiten der Jahreszeiten die Zahl der Ausgesteuerten sich steigert, ist diese schnelle und energische Aktion der gewerkschaftlichen Spitzenverbände sehr zu begrüßen. Es wäre ein ungeheuerlicher Zustand, wenn die Erwerbslosen, als die unschuldigsten Opfer der kapitalistischen Wirtschaftskrise, der Armenpflege mit ihren Halbheiten und Gefahren überantwortet würden. Die Regierung wird sich nunmehr schlüssig zu machen haben, was sie zu tun gedenkt. Wir nehmen nicht an, daß sie die Verantwortung auf sich nimmt, die bisherigen Zustände so weiter gehen zu lassen.

Die Zeitung für die freien Gewerkschaften ist das Arbeiterblatt. Zahllose Tageszeitungen gibt es heute in Deutschland. Jede sucht Abonnenten zu werben. Hierbei tyen sich die sogenannten „farblosen oder parteilosen" Zeitungen ganz besonders hervor. Leider gibt es noch sehr viele Arbeiter, die solche Zeitungen beziehen, weil sie etwas mehr Papier liefern als die Arbeiterpresse oder wie die Ausreden sonst lauten. Ein solches Beginnen ist einer der verhängnisvollsten Fehler, den ein freiorganisierter Arbeiter begehen kann. Jeder, der unbefangen diese General-Anzeiger-Presse prüft, wird finden, daß sie alles mögliche bringt, auch aus Arbeiterkreisen, aber niemals in einer Form, daß der Arbeiter auf „seine" Rechte, auf „seine" Forderungen usw. hingewiesen wird. Immer wird eine gewisse Verschleierungspolitik getrieben. Recht deutlich sieht man dieses oft an Berichten, die von den freien Gewerkschaften herausgegeben werden. Die Arbeiterpresse bemüht sich, diese Berichte, soweit sie für die Arbeiter Interesse haben, möglichst ganz und ausführlich zu bringen. Die Generalanzeigerpresse dagegen, wenn sie so etwas überhaupt aufnimmt, kürzt und streicht diese Artikel oft derart zusammen, daß von dem eigentlichen Sinn nichts mehr über bleibt oder aber der Arbeiter überhaupt nicht mehr herausfinden kann, was damit gesagt werden soll.

Dabei muß man sich vor Augen halten, daß das Arbeitsrecht neue Rechtsauffassungen bringt. Irgendwelche Bestimmungen, die früher für den einzelnen Arbeiter nur Geltung hatten, wenn sie ihm persönlich mitgeteilt wurden, haben heute — im Zeitalter der Tarife und Kollektivverträge — für ihn Geltung, ohne besondere Mitteilung. Für den Richter genügt in diesen Fällen die Veröffentlichung in der Tagespresse.

Aus allen diesen und anderen Gründen ist es für jeden Gewerkschaftler eine unbedingte Notwendigkeit, nur eine solche Tageszeitung zu beziehen, die als Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften gelten kann.

Die Fabrik als Harem. Es ist bekannt, daß es im Mittelalter ein „jus primae noctis" gab. Das war das Recht des Herrn auf die erste Nacht, wenn Mädchen, die im Dienste des Herrn standen, heirateten. Das von christlicher Ethik so triefende Mittelalter ließ dieses Recht aufkommen und lange bestehen.

Weniger bekannt ist aber, daß dieses „Recht" des wirtschaftlich Mächtigen auch noch blieb, als sich die Verhältnisse von der Agrar- zur Industriereform wandelten und daß selbst in einem in sittlichen Fragen sonst so empfindlichen Volke wie dem englischen dieses jus primae noctis noch bis in die ersten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts mit seinem beginnenden Industrialismus bestanden hat.

Friedrich Engels spricht sich hierüber in seinem Buche von der „Lage der arbeitenden Klasse in England" aus. „Der Fabrikant ist", so schreibt Engels, „auch in dieser Beziehung Herr über den Leib und die Reize seiner Arbeiterinnen. Die Entlassung ist Strafe genug, um in neun Fällen aus zehn, wo nicht in neunundneunzig aus hundert, alles Widerstreben bei Mädchen niederzuschlagen".

Solche Zustände erscheinen uns heute kaum faßbar, und doch ist es erst ein Jahrhundert her, daß sie bestanden. Nur dadurch aber ist trotz des wachsenden Kapitalismus auch das Recht des Menschen gewachsen, daß dieser Kapitalismus die Masse zu Klassenbewußtsein drängte, das zum Bollwerk wurde für Menschenrecht.

Da schlägt es dreizehn! Dieser Ausruf der Ueberraschung, der zum Ausdruck bringt, daß etwas, was man für unmöglich gehalten hat, Tatsache geworden ist, wird in absehbarer Zeit seine Berechtigung verloren haben. Ob die Uhren bald dazu eingerichtet werden, daß sie auch die Stunden von 13 bis 24 schlagen, darf man allerdings bezweifeln, aber man wird die Stunden des Tages von 1 bis 24 zählen. Zunächst im amtlichen Verkehr bei Eisenbahn und Post, und zwar soll diese Zählung nach den getroffenen Vereinbarungen mit dem 15. Mai 1927, also mit dem Inkrafttreten des nächstjährigen Sommerfahrplanes der Eisenbahn eingeführt werden.

Es mag zunächst ungewohnt erscheinen, wenn man statt 6 Uhr nachmittags künftig sagen wird 18 Uhr, aber man merkt sofort, daß es für die Bestimmung der Tageszeit viel einfacher ist, auf die Hinzufügung von vormittags oder nachmittags zur Stundenzahl zu verzichten und statt dessen die Zählung der Tagesstunden nachts mit 1 Uhr zu beginnen und fortzuzählen, so daß Mitternacht mit 24 Uhr bezeichnet wird. Abgesehen von den Erleichterungen, die das im amtlichen Verkehr bringt, fällt damit eine Quelle mitunter folgenschwerer Irrtümer beim Lesen von Fahrplänen fort. Die Vermutung, daß die 24-Stunden-Zeit ihren Weg von dem amtlichen Gebrauch bald ins bürgerliche Leben nehmen wird, ist naheliegend. Uebrigens ahmt Deutschland mit der 24-Stunden-Zeit nur etwas nach, was in anderen Ländern, Frankreich, England, Oesterreich, Italien, Belgien, Schweiz, schon lange Brauch ist und sich bewährt hat.

Literatur.

Bericht der Freigewerkschaftlichen Jugendzentrale des Ortsausschusses Berlin des ADGB. Berichtsjahr 1925. Preis für Organisationen 60 Pf.

„Heimstunden." Tribüne für Kunst, Literatur, Dichtung. **Verlag** Die Wölfe, Leipzig W 31. Preis pro Nummer 80 Pf.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Juli- und Augustheft 1926. Verlag: Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena, St.-Jakob-Str. 36. Vierteljahresabonnement 3,60 Mk.

Wirtschafts-Informations-Dienst. Schriftleitung Kurt Heinig, Berlin. Juliheft 1926. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Monatlich ein Heft. Vierteljahresabonnement 2 Mk.

„Die Frauenwelt" beschäftigt sich in ihrem soeben erschienenen Heft 17 mit der Frage des § 218 und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß das ungeheure Schwergewicht des biologisch Notwendigen auch die Freigebung des Abortus erzwingen wird. Jedes Heft der „Frauenwelt" kostet 30 Pf. Mit Schnittmusterbogen 10 Pf. mehr. Zu beziehen durch jede Volksbuchhandlung und Postanstalt oder direkt vom Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Gegen den Industriesozialismus! Gegenwärtige Aufgaben deutscher Wirtschaftspolitik. Referat von Fritz Tarnow vor den Funktionären der Gewerkschaften des rheinisch-westfälischen Industriegebiets am 29. März 1926 in Essen. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin 1926. 32 Seiten. Preis 0,30 Mk.

Schon der Anlaß, aus dem Tarnows Vortrag gehalten wurde, ruft ein besonderes Interesse am Inhalt dieses Büchlein hervor. Die Vereinigten Handelskammern des westdeutschen Industriegebiets hatten zum 15. März d. J. nach Essen eine „Kundgebung der gesamten Wirtschaft des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes" einberufen, und die Unternehmer waren, in der bei ihnen tief verwurzelten Vorstellung, sie allein seien die „gesamte Wirtschaft", zahlreich und gern dieser Einladung gefolgt, um zu erfahren, welche Maßnahmen sozial- und wirtschaftspolitischer Art zum Wohle der „gesamten Wirtschaft" in diesem Sinne, das heißt zum Nutzen des Unternehmertums, von Staat und Gesetzgebung zu fordern seien. Dieser Veranstaltung hatten die Gewerkschaften des Industriegebietes eine eigene öffentliche Kundgebung am gleichen Orte folgen lassen, in der Tarnow als Hauptreferent den Forderungen der Unternehmer das Wirtschaftsprogamm der Gewerkschaften entgegensetzte. In fesselnder Form untersucht Tarnow die Ansprüche dieser von den Vereinigten Handelskammern geführten Unternehmer auf ihren Wert für die Volkswirtschaft, und es gelingt ihm glänzend der Nachweis, daß eine Verwirklichung der Programmforderungen der Unternehmer die wirtschaftliche Depression nicht nur nicht zu beheben imstande wäre, sondern den Niedergang noch verlängern und verschlimmern würde. Den egoistischen Ansprüchen der Unternehmer setzt er die im Interesse der Arbeiterschaft wie im volkswirtschaftlichen Interesse erhobenen Forderungen der Gewerkschaften entgegen: Zerschlagung der Preisdiktatur, Hebung der Kaufkraft der Massen durch eine entsprechende Lohnpolitik, eine Sozialpolitik, die dem Grundsätzen der Menschlichkeit entspricht, eine Steuergesetzgebung der sozialen Gerechtigkeit, eine Handelspolitik, die das Ziel des wirtschaftlichen Völkerfriedens verfolgt. Und so gestaltet sich Tarnows Vortrag zu einer scharf pointierten Darstellung der entscheidenden Punkte des Gegensatzes der Anschauungen der Unternehmerschaft und der Gewerkschaften über die Frage nach dem Auswege aus der gegenwärtigen Lage der deutschen Wirtschaft — und damit zu einem wirtschaftspolitischen Arbeiterlesebuch kleinsten äußeren Formats, aber gewichtigsten Inhalts. R. S.

„Illustrierte Reichsbanner-Zeitung". Anläßlich der Reichsverfassungsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am 15. August in Nürnberg, ist die neue Nummer 32 der „Illustrierten Reichsbanner-Zeitung" dem Verfassungstag und der Stadt Nürnberg gewidmet. Jede Nummer kostet 20 Pf. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen, sowie bei allen Reichsbannergruppen.

Kulturwille. Nr. 8: Gesellschaftskritik durch Witz und Satire. Preis der Einzelnummer 20 Pf. Jahresabonnement 2,40 Mk. Halbjahresabonnement 1,20 Mk. Probenummer gratis durch den Verlag: Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut, Leipzig, Braustr. 17, oder durch die dortige Volksbuchhandlung.

Abrechnungen.

Abrechnungen.

In der Woche vom 9. bis 14. August sind die Abrechnungen des 2. Quartals aus München für Gau 4, aus Stettin für Gau 7, aus Magdeburg für Gau 8 a und aus Hamburg für Gau 10 hier eingetroffen.

Geldsendungen: Frankfurt a. M. 5741,65 Mk., München 7204,42 Mk., Magdeburg, Restbetrag, 118,48 Mk., Hamburg 12 030,81 Mk., Bielefeld, 1. Rate 3. Quartal, 500 Mk.

Berlin, den 14. August 1926.

H. Lodahl.

Für die Woche vom 22. bis 28. August ist die Beitragsmarke in das mit 34 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Der Kollegin **Marie Fleischmann** und Bräutigam zur **Verlobung herzlichste Gratulation.**

Zahlstelle Frankfurt a. M.

Unserer Kollegin **Anna Schmidt** (Arbeilgen) zu ihrer **Verlobung** am 22. August 1926 die **herzlichsten Glückwünsche.**

Zahlstelle Darmstadt.

Unserer Kollegin **Käte Darmstädter** nebst Bräutigam zu ihrer am 1. August stattgefundenen **Vermählung** nachträglich die **herzlichsten Glückwünsche.**

Zahlstelle Darmstadt.

Unserem Kollegen **Alois Timmermann** und seiner Braut Fräulein Agnes Quurk zu ihrer **Vermählung** am 24. August unsere **herzlichen Glückwünsche.**

Ebenfalls nachträglich unsere **herzlichsten Glückwünsche** zu ihrem **Hochzeitsfest** unserer Kollegin **Anna Schmiede** und Herrn Willi Grams.

Die Mitglieder der Zahlstelle Glogau.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schulze, Charlottenburg, Meerscheidtstraße 16. Fernspr.: Amt Westend 1328. — Verlag: H. Lodahl, Charlottenburg. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.